

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

44. Sitzung
16. Dezember 2024

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.18 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bedeutung des Stromnetzausbaus für die
Energiewende und neues Berliner
Zuteilungsverfahren für Großverbraucher
("Repartierungsverfahren")**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0218](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich Herrn Dr. Groba begrüßen, den Leiter des Referats Energie der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und

Betriebe, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen würde. Als Anzuhörende begrüße ich herzlich Herrn Dr. Erik Landeck, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stromnetz Berlin GmbH, und Herrn Henrik Vagt, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin. Herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass alle wieder ein Wortprotokoll wollen? – Dem wird nicht widersprochen. Dann werden wir das entsprechend machen.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen von CDU und SPD. – Herr Kollege Gräff, Sie haben das Wort, bitte sehr!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Vielen Dank erst einmal an die Anzuhörenden, dass Sie heute hier sein können, sich Zeit genommen haben. Das sind zwei große Themen, die uns bewegen, aber sie hängen doch zusammen.

Wir haben ja im Doppelhaushalt erst einmal den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, für den notwendigen Stromnetzausbau der Stromnetz Berlin zu sorgen. Wie wir alle habe ich immer wieder diese Zahl im Kopf, die Verdopplung der Kapazität des Leitungsnetzes. Ich bin nicht superoptimistisch, aber Sie werden uns heute davon überzeugen, Herr Dr. Landeck, dass das in Berlin gelingen wird und dass wir genügend Tiefbauunternehmen und Leitungsunternehmen haben, die dafür zur Verfügung stehen. Es stellt sich aber mit Sicherheit die Frage, was wir tun müssen, um eine stabile Energieversorgung und -sicherheit zu gewährleisten.

Auf der anderen Seite gibt es ein neues Verfahren, das ehrlicherweise aus der derzeitigen Situation heraus entstanden ist, dass wir nicht genug Kapazitäten haben, um Unternehmen in der Stadt ans Stromnetz anzuschließen. Damit meine ich nicht nur Datacenter, die sich neuerdings am liebsten zuhauf in der Innenstadt anschließen möchten – das ist sicherlich ein Extrembeispiel –, sondern auch Unternehmen, die einfach von der Netzkapazität her, dankenswerterweise auch durch das Wachstum von Berlin, im Moment nicht die Möglichkeiten haben sich anzuschließen. Deshalb hat die Senatsverwaltung ein neues Verfahren vorgestellt. Ich sage Herrn Vagt vielen Dank, dass Sie für die IHK hier sind. Für uns stellt sich natürlich die Frage: Ist das ein Verfahren, womit man erst einmal leben kann, solange man noch dieses Thema der begrenzten Netzanschlusskapazitäten hat? Ist das etwas, womit man umgehen kann? Wir glauben, dass diese zwei Themen für alle Fraktionen sehr wichtig sind. Deshalb haben wir sie heute auf die Tagesordnung gesetzt und freuen uns auf den Input der Anzuhörenden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann treten wir in die Anhörung ein und beginnen mit den Stellungnahmen. – Herr Dr. Landeck, Sie sind der Erste im Alphabet, dann würde ich Sie als Ersten bitten. Ich weise darauf hin, dass Sie ungefähr fünf, sechs Minuten für das Eingangsstatement haben. Die Zeit wird gestoppt. Anschließend gibt es ganz viele Fragen. Da können Sie auch noch ganz viele Dinge entsprechend platzieren. Dr. Landeck, dann haben Sie das Wort, bitte!

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal sehr für die Möglichkeit, Ihnen heute über das Stromnetz berichten zu dürfen –

nicht nur über die Herausforderungen, sondern insbesondere auch über die wirklich spannenden Aufgaben, die wir hier haben. Ich werde Ihnen zunächst einen kurzen Überblick über die aktuelle Versorgungssituation geben, dann über die sich dramatisch verändernde Versorgungsaufgabe berichten und Ihnen anschließend das neue Zuteilungsverfahren für Großverbraucher vorstellen. Für die anschließende Diskussion steht dann neben mir insbesondere auch die Bereichsleiterin für Kunden und Märkte, Frau Kerstin Niemeier, zur Verfügung.

Die Stromnetz Berlin GmbH steht heute mit einer ausgezeichneten Versorgungszuverlässigkeit da und kann das Netz jederzeit anforderungsgerecht betreiben. Insbesondere ist das Netz für die aktuelle Leistungsanforderung sehr gut ausgebaut. Es ist sogar so, dass die Leistung in Berlin in den letzten zehn Jahren um 300 MW gesunken ist und heute nur noch 2 100 MW beträgt. Wir messen und analysieren jährlich die Belastung aller Betriebsmittel, führen diese Analysen dann einmal jährlich strukturiert zusammen und leiten den Ausbaubedarf ab beziehungsweise adjustieren ihn aufgrund unserer Erkenntnisse neu. Mit anderen Worten: Ohne Wärmewende, ohne Energiewende und ohne die Datacenter, die Rechenzentren, wäre das Stromnetz von Berlin heute bereits gut und ausreichend ausgebaut. Die Versorgungsaufgabe ändert sich aber jetzt gerade wegen der Wärmewende, wegen der Energiewende und auch wegen der Digitalisierung. Strom, Gas und Kohle werden substituiert, und das muss sich jetzt irgendwie im Stromnetz widerspiegeln. Berlin ist auch ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Viele Unternehmen aus verschiedenen Sektoren wollen in die Hauptstadt, und dafür muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Das ist der Grund, warum das Stromnetz Berlin die Netzkapazität bis Mitte der Dreißigerjahre auf mindestens 4 500 MW mehr als verdoppeln muss. Wir haben heute 2 100 MW, und Mitte der Dreißigerjahre brauchen wir mindestens 4 500 MW.

Derzeit haben wir einen Planungshorizont von zehn Jahren. Innerhalb dieses Zeitraums müssen wir die künftigen Bedarfe gut abschätzen und das Netz entsprechend planen. Wir nutzen das Mittel der rollierenden Planung. Das heißt, wir stellen jedes Jahr einen neuen Zehnjahresplan auf, der natürlich das berücksichtigt, was wir vorher hatten, aber auch neue Erkenntnisse einbaut. Damit aktualisieren und adjustieren wir diesen Plan regelmäßig, können auch Veränderungen der Versorgungsaufgabe Rechnung tragen und unseren Plan entsprechend anpassen.

Umgekehrt heißt das aber auch, dass nach Ablauf von zehn Jahren, also Mitte der Dreißigerjahre, die Investitionen nicht weg sind, sondern dann werden wir für die dann vorliegende Versorgungsaufgabe weitere Investitionen benötigen. Beispielsweise planen wir bis zum Jahr 2033 für Berlin 75 000 Wärmepumpen ein, und in den Folgejahren bis 2045 kommen dann noch einmal 100 000 Wärmepumpen mit den entsprechenden Investitionen hinzu. Den notwendigen Netzausbau für die Jahre 2035 bis 2045 starten wir aber nicht heute, sondern erst dann, wenn der zusätzliche Bedarf auch wirklich erkennbar ist, denn es könnte ja auch sein, dass sich ganz andere technische Rahmenbedingungen in den nächsten zehn Jahren ergeben. Gleichwohl sind alle Netzbetreiber in Deutschland aufgrund gesetzlicher Vorgaben gehalten, sich in verschiedenen Regionalszenarien zusammenzufinden und dann für das Jahr 2045 zu planen. Das haben wir auch gemacht. So sehen wir bis zum Jahr 2033 die von mir gerade schon erwähnten 4 500 MW, aber für das Jahr 2045 dann schon über 7 000 MW. Sie sehen, das Wachstum geht in Berlin – wie auch in ganz Deutschland – in diesen Schritten weiter.

Die Zahlen für diese Steigerung, die ich eben nannte, hängen nicht nur vom Fortschreiten der Energie- und Wärmewende ab, sondern auch von den Anforderungen von Größt- oder Großverbrauchern. Diese Größtverbraucher sind nicht durch Energie- und Wärmewende verur-

sacht, machen aber tatsächlich den größten Leistungsanteil, den größten Anteil des Wachstums der Leistung, aus. Hierbei handelt es sich vorwiegend, aber nicht ausschließlich, um Anfragen von Rechenzentren. Elektrisch entspricht ein Rechenzentrum einer sehr großen Punktlast. Das sind gar keine großen Grundstücke, aber auf diesen gar nicht so großen Grundstücken benötigen diese Rechenzentren eine Leistung von 100 bis 120 MW pro Rechenzentrum. Das ist mehr als die der gesamten Stadt Potsdam. Anfang des Jahres 2024 hatten wir 25 solche Anfragen. Wir hatten 25 Anfragen von Rechenzentren, die jeweils in Größenordnungen um die 100 MW waren. Das ist mehr als die gesamte Last Berlins. Das kann technisch nicht kurzfristig für alle umsetzbar sein. Das ist nicht realistisch. Man kann natürlich Netze so ausbauen, dass sie das in Zukunft können, aber das ist keine kurzfristige Möglichkeit. Es war und ist auch nicht möglich, die vorhandenen Leistungsreserven einfach so an den ersten Nachfragenden zu vergeben, denn es muss darauf geachtet werden, dass diese Leistungsanfragen nicht dazu führen, dass andere Kundengruppen, insbesondere die geschützten Kunden, leer ausgehen.

Daher haben wir, auch in Abstimmung mit unserer Senatsverwaltung und mit weiteren Stakeholdern, ein neues Zuteilungsverfahren entwickelt und mit der Bundesnetzagentur besprechen können. Dieses haben wir Anfang Oktober der Presse und natürlich den Kunden in Berlin vorgestellt. Mittlerweile konsultiert sogar die Bundesnetzagentur ein fast identisches Verfahren für die gesamte Branche. Das erfüllt uns, wenn ich das so sagen darf, ein bisschen mit Stolz, dass wir als Berlin hier Vorreiter sein durften.

Die Kernpunkte des Verfahrens sind, etwas vereinfacht, folgende: Stromnetz Berlin berechnet die notwendigen Kapazitäten für die Leistungsentwicklung der vorhandenen Kunden und vergleicht diese mit der Gesamtkapazität des Netzes. Da gibt es eine Differenz. Unter Berücksichtigung von schon geplanten Netzerweiterungen, die wir machen, wird diese Restkapazität dann mit den Leistungsanfragen aller Großkunden verglichen, die sich gerade an unser Netz anschließen wollen. Als Großkunden haben wir Kunden mit einer Leistung größer als 3,5 Megawatt definiert. Das sind etwa 1 Prozent aller Kunden in Berlin, vielleicht ein bisschen weniger. Diese Restkapazität wird gleichmäßig auf die Anfragen von all diesen Großkunden aufgeteilt – nicht prozentual pro Leistungsanfrage, sondern pro Kopf. Nutzt ein solcher Großkunde jetzt diese Leistungszuteilung nicht oder benötigt er weniger Kapazität, wird diese Differenz wieder in das Zuteilungsverfahren einbezogen. Sie geht also nicht verloren und kommt den anderen Großkunden zugute. Dieses Vorhaben wird rollierend jedes Jahr durchgeführt. Das heißt, wenn eine Leistung erforderlich war, die in diesem Jahr nicht komplett erfüllt worden ist, kann man sich im nächsten Jahr mit einer neuen Leistungsanfrage wieder um die Leistung kümmern. Dieses Verfahren ist diskriminierungsfrei, weil es alle Anfragenden gleich behandelt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Dr. Landeck, ich darf Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): 30 Sekunden bitte noch. – Es sorgt dafür, dass nicht nur wenige Großkunden diese Leistung erhalten, sondern der Netzzugang für andere Kunden nicht blockiert wird.

Zusammengefasst: Die Attraktivität des Standorts Berlin und die Auswirkung der Energie- und Wärmewende führen dazu, dass sich die Kapazität des Stromnetzes Berlin in den nächsten zehn Jahren mehr als verdoppeln muss. Wir haben dazu die richtigen Werkzeuge, um den Bedarf frühzeitig zu erkennen und das Netz auszubauen. Das moderne Zuteilungsverfahren gibt dabei Planungssicherheit für alle Beteiligten und garantiert eine sichere Versorgung für die Berlinerinnen und Berliner. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Landeck, für Ihr Eingangsstatement! – Dann gehen wir weiter zu Herrn Vagt. – Dann haben Sie das Wort. Bitte!

Henrik Vagt (IHK Berlin): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank auch, dass ich die Möglichkeit habe, hier heute die Position derjenigen zu vertreten, die gewissermaßen ans Netz wollen und sich jetzt mit diesem neuen Verfahren auseinandersetzen müssen, allerdings natürlich auch insgesamt auf das Thema Netzstabilität und Versorgung mit Strom schauen.

Ich würde gerne an das anknüpfen, was Herr Dr. Landeck zum Schluss gesagt hat. Ich möchte meine Eingangsworte in drei Teile gliedern: einmal allgemeiner auf das Thema Bedeutung von Netzstabilität, Preisen, Anschlussmöglichkeiten für die Berliner Wirtschaft eingehen, dann auf das Thema Ausbaubedarfe und zum Schluss gezielt auf das Repartierungsverfahren, das jetzt zur Diskussion steht oder eingeführt worden ist.

Zunächst will ich noch einmal das betonen, was Herr Dr. Landeck zum Schluss gesagt hat. Die Versorgungslage mit elektrischer Energie ist für Unternehmen in Berlin sehr gut. Die Unterbrechungszeiten sind, auch im regionalen und internationalen Vergleich, sehr niedrig, und das ist ein Standortfaktor. Zweiter Standortfaktor ist, dass auch die Netznutzungsentgelte in Berlin vergleichsweise niedrig sind. Wir liegen unter dem bundesweiten Durchschnitt. Das gilt für die Versorgung von Privatkunden, aber auch für unternehmerische, mittelständische Kunden, die zum Beispiel an die mittelspannungsseitige Versorgung angeschlossen sind. Das heißt, die grundsätzlichen Rahmenbedingungen sind gut. Das ist auch wichtig, weil wir in unseren Untersuchungen und Befragungen aus den Rückmeldungen, die wir von der Wirtschaft bekommen, immer wieder erfahren, dass gerade das Thema unterbrechungsfreie Versorgung, Stabilität des Netzes ein ganz wichtiger Standortfaktor ist. Wir haben es gerade zuletzt in unserem großen Energiewende-Barometer erfahren, das die IHK-Organisation alljährlich im Sommer und Herbst durchführt: 80 Prozent der Unternehmen in Deutschland sagen, dass die Sorge um Netzstabilität, Unterbrechungen im Stromnetz momentan eine der größten Sorgen ist, die sie umtreiben. Das heißt nicht unbedingt, dass das heute schon passiert, aber die Sorge ist da. Das heißt, die Situation in Berlin ist aktuell gut, und das ist ein guter Standortfaktor für die Stadt.

Der zweite Punkt ist, dass wir diese enormen Ausbaubedarfe haben, die Herr Dr. Landeck gerade beschrieben hat. Die haben wir natürlich vor allem aufgrund des Ausbaus der Rechenzentren. Auch das ist eigentlich eine gute Nachricht, denn die Tatsache, dass so viele Rechenzentrumsbetreiber Berlin als Standort gewählt haben, zeigt ja, dass wir als Standort attraktiv sind und dass die Wirtschaft diese Kapazitäten auch nachfragt, beziehungsweise dass Unternehmen sagen: Wir wollen in diese Stadt kommen, weil wir hier Potenzial sehen, Geschäfte zu machen. – Das ist gut für die Berliner Wirtschaft, und es ist auch gut für die Berliner Wirtschaft, dass die Rechenzentrumsbetreiber in die Stadt kommen wollen, denn wir brauchen

diese Kapazitäten für die Digitalisierung und entsprechende Anwendungen. Wir haben gerade über KI in der Stadt gesprochen. Wir brauchen das für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, aber diese Entwicklung ist natürlich mit Transaktionskosten verbunden, und sie stresst das Netz. Welche Dimensionen das hat, insbesondere durch den Ausbau der Rechenzentrumskapazitäten in Berlin, hat Herr Dr. Landeck eben sehr eindrucksvoll beschrieben.

Es ist natürlich auch eine Herausforderung für die Industrie. Das will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen. Wir sehen den Trend zur Elektrifizierung von thermischen Anwendungen in der Industrie. Wir wollen eine Elektrifizierung von bestimmten Anwendungen in der Industrie, und es ist auch effizient, dass verschiedene Anwendungen in der Industrie elektrifiziert werden. Gerade im Niedertemperaturbereich ist es so, dass die Elektrifizierung von thermischen Prozessen auch aus Effizienzgründen Sinn macht und auch heute schon gemacht wird, weil die technischen Möglichkeiten dafür vorhanden sind und weil es langfristig günstiger ist, hier auf ein strombasiertes System umzusteigen, zum Beispiel bei der Umformung, in Härtereien, aber auch in der Nahrungsmittelindustrie. Natürlich erwarten auch diese Unternehmen, wenn sie umstellen, Brennstoffwechsel vornehmen und auf elektrische Anlagen gehen, dass sie ihre Anlagen ausbauen können und auch die entsprechenden Netzkapazitäten zur Verfügung gestellt bekommen. Es ist für beide Seiten wichtig, für die industrielle Seite, aber auch für die Seite der Rechenzentrumsbetreiber.

Schließlich zum Verfahren: Das Repartierungsverfahren ist sicherlich ein neues Verfahren. Mir sind keine Beispiele bekannt, auch aus unternehmerischer Sicht, wo mit diesem Verfahren bisher größere Erfahrungen gemacht wurden. Ich denke, es wird Vor- und Nachteile bringen, je nachdem, welche Position ich einnehme. Zumindest ist das der Blick, den wir als IHK auf dieses Verfahren haben. Wir werden sicherlich gleich in der Fragerunde noch einmal etwas gezielter darauf eingehen. Vielleicht vorab nur so viel: Das bisherige Verfahren, das Windhundverfahren, dass also diejenigen, die frühzeitig große Kapazitäten angemeldet haben, dann auch entsprechend berücksichtigt worden sind und anschließend dann andere Anschlusspetenten nicht zum Zuge kamen, ist sicherlich nicht fair und diskriminierungsfrei. Es ist auch nicht wirklich transparent. Es kommt jetzt bei der Frage der Bewertung des Repartierungsverfahrens darauf an, welche Position ich einnehme. Wenn ich einen Industriebetrieb habe, der relativ geringe Anschlusskapazitäten braucht, knapp über 3,5 MW, und seine Anlagen umstellen will, dann wird er wahrscheinlich im Repartierungsverfahren relativ gut zum Zuge kommen. Wenn ich ein größeres Rechenzentrum bin, das von Anfang an die Maximalleistung beantragt und auch braucht, weil ich nicht diese Ausbauskaskaden habe, dann werde ich im Rahmen des Repartierungsverfahrens eher nicht zum Zuge kommen. Das heißt, die Frage ist, welche Position, welche Perspektive nehme ich auf dieses Verfahren ein, und wie kann man am Ende pragmatisch damit umgehen? Das sind die Fragen, die sich aus Wirtschaftssicht stellen und die wir gerne in der Fragerunde vertiefen können. – Vielen Dank erst einmal!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Vagt, für Ihr Eingangsstatement! – Dann kommen wir in die Runde der Fraktionen und beginnen mit der CDU-Fraktion, dem Kollegen Gräff. – Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die Eingangsstatements! Ich habe an Herrn Dr. Landeck zunächst zwei Fragen. Am Anfang wurde das ein bisschen vermischt. Wenn ich die Situation richtig deute,

ist es ja heute schon so – und wir reden nicht von Stromerzeugung, sondern bei Ihnen nur von dem Thema Netzkapazität –, dass die jetzige Situation der fehlenden Kapazitäten ausschließlich aufgrund der Datenzentren und der Wärmewende besteht. Das wundert mich ein bisschen. Das wäre auch meine Frage an Herrn Vagt. Wir haben relativ viele Industrieunternehmen in der Stadt, die an bestimmte Standorte nicht mehr oder nur mit Einschränkungen können, weil die Netzkapazität nicht da ist. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung Dutzende Beispiele alleine aus den Industrie- und Gewerbegebieten im Ostteil der Stadt nennen. Das sind keine Rechenzentren. Wie gesagt geht es da auch nicht gleichzeitig um das Thema Einspeisung. Könnten Sie etwas zum Thema Netzkapazität sagen? Denn offensichtlich brauchten wir zum Glück aufgrund der wachsenden Wirtschaft in Berlin eine zusätzliche Netzkapazität.

Meine zweite Frage, Herr Dr. Landeck, würde das Thema Dekarbonisierung der Fernwärme betreffen, an die ich nicht glaube. Ich halte das für einen extrem ambitionierten Prozess. Das ist ja technologisch in der Größenordnung, als das größte Fernwärmenetz Europas – darum kümmern sich andere Kollegen –, noch nicht gemacht worden. Das wurde jedenfalls immer gesagt. Das werden wir aber alle miterleben, auf jeden Fall, hoffentlich, so oder so! Mich würde noch mal interessieren, wie weit Sie da sind – Sie arbeiten ja mit den Kollegen von der Berliner Energie und Wärme AG sehr eng zusammen –, wie Sie da den Pfad sehen, weil das eine ja auch ein bisschen das andere bedingt. Nur durch den Ausbau der Stromnetze würden wir eine Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung hinbekommen. Das wäre etwas, das mich sehr interessieren würde, ob Sie sich da aus Ihrer Sicht auf einem sehr guten Weg befinden oder wo vielleicht noch die eine oder andere Unterstützung notwendig ist.

Dann noch mal an Herrn Vagt, anschließend an meine allererste Frage: Das gilt ja nicht nur für Rechenzentren, sondern – Sie haben es auch gesagt – für den Ausbau der Industrie, aber nicht nur für Unternehmen, die mit thermischer Wärme arbeiten, sondern auch andere. Wie viele Fälle sind Ihnen da bekannt? Das ist ja im Moment ein echtes Problem. Ich kenne es, wie gesagt, alleine aus den Industrie- und Gewerbegebieten im Ostteil der Stadt. Kommen da Fragen zu Ihnen? Wie gehen Sie damit um? Sind Sie da vielleicht auch im Gespräch mit der Senatsverwaltung und der Stromnetz Berlin GmbH? Da werden Sie einen kurzen Draht haben. Wo sehen Sie Chancen und Risiken gerade für die nächsten Jahre? Das Problem wird ja in den nächsten Jahren nicht kleiner, sondern aufgrund der Wärmewende noch größer. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen, der Kollege Dr. Taschner.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! Bevor ich zu meinen Fragen komme, erlauben Sie mir noch zwei Bemerkungen zu Ihrem Statement, Herr Gräff.

Erstens: Die Wärmewende ist eine wichtige Geschichte, die viel zu lange vernachlässigt worden ist, aber es ist nicht nur die Wärmewende. Die gesamte Zukunft wird elektrifiziert sein. Es ist nicht nur die Wärme, es ist auch das Kühlen, der Stromverbrauch, die Mobilität. All das sind Herausforderungen, die wir zu meistern haben. Da bin ich sehr froh, dass wir die Stromnetz Berlin als landeseigenes Unternehmen jetzt wieder zurückholen konnten. Man sieht es auch: Die Sachen, die dort passieren, passen sehr gut zu den Zielen, die wir in Berlin haben, nämlich Berlin möglichst schnell klimaneutral zu machen. Da hat es mich schon verwundert,

Herr Gräff, dass Sie nicht an die Dekarbonisierung der Fernwärme glauben. Das würde ja bedeuten, dass Sie sich von den Klimazielen, die gesetzlich festgeschrieben sind, endgültig verabschiedet haben. Man könnte sagen, mit den Kürzungen, die Sie im Haushalt vorgenommen haben, gerade im Bereich Klimaschutz, haben Sie das faktisch sowieso schon gemacht, aber das hat mich schon sehr verwundert. Vielleicht habe ich Sie ja auch missverstanden. Ich hoffe das zumindest.

Ich komme jetzt aber zu meinen konkreten Fragen an Sie, Herr Dr. Landeck. Ich beginne mit Ihnen. Die erste kann ich mir fast schon schenken. Gibt es Vorbilder für das Repartierungsverfahren? Offensichtlich nicht. – Gibt es? Oh ja, dann würde ich gerne wissen, wo Sie sich das anschauen konnten und wie das auch in der Richtung mit der Netzentur abgesprochen ist. Es schien mir erst einmal ein neues Verfahren zu sein. Ich halte es für ein durchaus sehr sinnvolles Verfahren, aber vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen.

Dann hängen wir als Berliner Stromnetz natürlich auch immer davon ab, was uns von der 50Hertz Transmission GmbH geliefert wird. Vielleicht können Sie sagen, wie da die Zusammenarbeit ist. Es ist ja ein bisschen deutschlandspezifisch, dass wir Lokal- und Übertragungsnetzbetreiber stark getrennt haben – eine wichtige Geschichte.

Dann haben wir jetzt sehr viel über Rechenzentren gesprochen. Ich hatte da letztes Mal auch eine Anfrage zu den Planungen der Rechenzentren. Sie sagen, Sie planen immer für zehn Jahre voraus. Wovon gehen Sie denn aus? In der Anfrage haben Sie zwar sehr konkret gesagt, wie viel derzeit geplant sind – ich glaube, es waren drei oder vier –, aber wenn Sie sagen, über zehn Jahre haben Sie so ein rollendes Verfahren, dann müssen Sie jetzt schon eine Abschätzung machen, wie das für zehn Jahre letztendlich aussieht.

Zur Eigenkapitalzuführung, die ja im ersten Nachtragshaushalt auch aufgrund dieses Ausschusses und der Anhörung, die wir damals hatten, geschehen ist, natürlich noch die Frage: Ich verstehe schon richtig, diese 300 Millionen helfen Ihnen jetzt bei den Neuinvestitionen, aber reicht das bei den ganzen Aufgaben aus, die Sie vor der Brust haben? Inwiefern wäre eine höhere Eigenkapitalquote positiv für den Einfluss auf Finanzierungsbedingungen? Sagen Sie: Nein, das passt jetzt, erst mal sind wir eigentlich zufrieden –, oder sagen Sie: Na ja, eigentlich wäre ein bisschen mehr schon ganz nett?

Kurze Frage: Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hat ja die erste vorgezogene Wärmeplanung herausgebracht. Da sind die Gebiete mit den Nicht-Wärmenetz-Sachen vorgesehen. Da ist die Wärmepumpe wahrscheinlich immer noch die sinnvollste Alternative. Wir hoffen, die Förderung bleibt auch mit der neuen Bundesregierung erhalten. Geht das in Ihre Planung ein? Das sind nicht die großen Kabel für die Datencenter, aber ich glaube, die Leute, die dort wohnen, würden schon gern wissen, habe ich genügend Strom für meine Wärmepumpe und vielleicht auch für mein Elektroauto?

An Sie, Herr Vagt, noch zwei Fragen: Als Standortfaktor für die Rechenzentren galt ja immer, dass da das Stromkabel liegt. Das verstehe ich. Gibt es weitere Faktoren? Was können die IHK und der Senat aus Ihrer Sicht dafür tun, um sie möglichst zielgerichtet hier nach Berlin zu locken? Dann die Frage: Wie schnell sind sie wieder weg? Sieht man das schon von anderen? Das scheint mir möglicherweise eher ein Leichtbau zu sein. Den hat man schnell aufge-

stellt und schnell woanders hingestellt. Wie lange bleiben sie an einem Ort? Wenn Sie da Informationen haben – –

Zwei Fragen noch an den Senat: Rechenzentren sind ja für die Dekarbonisierung eine wichtige Abwärmequelle. Hat denn der Senat eine gewisse Strategie, wie wir versuchen können, Rechenzentren hier nach Berlin zu locken, abseits vom dicken Stromkabel? Wie passiert das in Absprache mit der BEW? Denn es macht natürlich Sinn, dass die Abwärme davon genutzt wird.

Datencenter entstehen ja durchaus in Brandenburg, ganz in der Nähe von Berlin. In Wustermark zum Beispiel entsteht, glaube ich, ein sehr großes Datencenter mit verdammt viel Abwärme. Gibt es in der Richtung einen Austausch mit dem Land Brandenburg oder mit den Kommunen, wie man Dinge gemeinsam betreiben und Abwärme gemeinsam nutzen kann? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber für die SPD-Fraktion dran.

Jörg Stroedter (SPD): Ich würde gerne mit Ihnen beginnen, Herr Dr. Landeck. Wir hatten ja neulich im Beteiligungsausschuss eine interessante Debatte zu der Frage der Eigenkapitalzuführung, die wir Ihnen jetzt im Nachtragshaushalt gegeben haben. Dr. Taschner hat das Thema eben auch noch einmal angesprochen. Ich würde gerne von Ihnen eine Planung in zweierlei Hinsicht hören: Einmal, was Sie an Investitionen in die bestehenden Leitungen brauchen und was Sie als Erweiterungsinvestitionen entsprechend sehen wollen, sowie einen Zeitplan, wie Sie die weitere Entwicklung sehen. Denn das Geld, das Sie vom Land Berlin bekommen haben, ist ja dazu da, dass Sie Kreditmittel aufnehmen können, um diese Hebelwirkung zu erreichen. Das ist aus unserer Sicht – jedenfalls aus Sicht meiner Fraktion – ein Modell, das wir bei anderen Landesbeteiligungen entsprechend anwenden wollen.

Nun gibt es ja immer, Herr Dr. Landeck, diese Debatte, wie sich alles weiterentwickelt. Selbst wenn Sie mit unterschiedlichen Autoherstellern reden, hören Sie ganz unterschiedliche Äußerungen. Wenn man zum Beispiel mit VW redet, dann hat man dort das Gefühl, Elektromobilität wird im Augenblick gar nicht gut nachgefragt. Bei BMW bekommt man eine andere Aussage. Da sind ja auch die Zahlen sehr unterschiedlich. BMW liegt beim Neuverkauf von Autos mit Elektroantrieb jetzt schon bei ungefähr einem Viertel, und andere liegen noch bei unter 10 Prozent. Das ist schon gravierend. Wie sehen Sie da die Entwicklung? Denn das ist natürlich auch von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Verkehrswende, sondern dafür, ob wir hinkommen, wenn man diesen starken Anstieg der Elektromobilität will. Denn meine größte Sorge war immer, dass die Leute die Autos nicht kaufen, zum einen, weil sie vielleicht noch zu teuer sind – das ist bei uns im Land auch noch ein Problem, im Verhältnis zu Autos, die zum Beispiel aus Fernost kommen –, aber vor allem, weil die Gefahr besteht, dass nur diejenigen, die sich die eigene Ladestelle zu Hause hinsetzen können, tatsächlich regelmäßig laden können, und alle anderen haben ernsthafte Probleme. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Auch beim Thema Heizung – wir hatten ja das berühmte Heizungsgesetz des Bundeswirtschaftsministers mit all seinen Vor- und Nachteilen – spielt natürlich der Strom eine ganz entscheidende Rolle. Vielleicht können Sie auch zu dem Thema noch etwas sagen.

Dann war ich über eine Äußerung von Ihnen, Herr Dr. Taschner, ein bisschen überrascht, nämlich zum Thema Dekarbonisierung der Fernwärme. Das ist natürlich nach wie vor eine klare Priorität von uns. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir die Energietitel gehalten haben, und weiß nicht, wo Sie jetzt eine gravierende Kürzung sehen. Dass das insgesamt ehrgeizige Ziele sind, das wissen wir. Vielleicht können Sie, Herr Dr. Landeck, zu dem Thema auch etwas sagen, denn so weit ist es von Ihrem Thema nicht entfernt.

Herr Vagt, Sie haben gesagt, die Versorgungslage ist gut. Ich hatte bei den Fragen von Dr. Landeck schon gesagt, dass das unterschiedlich gesehen wird, und Herr Gräff hat eher Bedenken angemeldet, bezogen auf Standorte im Ostteil, über die er andere Informationen hat. Vielleicht können Sie, Herr Vagt, dazu genauer Stellung nehmen, ob Ihr Eingangsstatement tatsächlich so bleibt oder ob Sie die Bedenken, die der Kollege Gräff hier geäußert hat, hinnehmen.

Was die Netzentgelte betrifft, die sind relativ niedrig, das ist richtig. Ich sehe im Augenblick auch gar keinen Sinn darin, das zu verändern. Wenn man etwas umstellen will, dann macht es gar keinen Sinn, dort etwas zu machen.

Dann würde mich das Thema der Rechenzentren interessieren. Mir ist bekannt, dass wir eigentlich riesig viele haben und im Augenblick gar nicht so einen großen Bedarf sehen. Die Frage würde ich an die Senatorin stellen, ob sie sich dazu äußern kann.

An die Senatorin auch die Frage zum Nachtragshaushalt und zur Eigenkapitalzuführung an die Stromnetz Berlin GmbH. Vielleicht können Sie dazu noch einmal Stellung nehmen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zurück in die Rolle des Ausschussvorsitzenden, und dann ist Die Linke mit dem Kollegen Scheel dran. – Bitte!

Sebastian Scheel (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die beiden Anzuhörenden, oder drei sind es ja insgesamt, für Ihre einführenden Ausführungen! Ich würde mal ein bisschen anders anfangen. Wir haben ja insgesamt in der Diskussion um die Frage der Strommarktkapazitäten bundesweit eine interessante Debatte, die sich auf ein offensichtlich knappes Gut, die Leitungskapazitäten, kapriziert, und dementsprechend auch auf die Frage von systemdienlichen Ausbauten oder Ansiedlungen, die offensichtlich eine größere Rolle spielen sollen. Ich nehme Bezug auf das Papier der Bundesnetzagentur vom 20. November 2024 – es ist ja relativ frisch –, die ein Modell von unterschiedlichen Baukostenzuschüssen vorgeschlagen hat. Wenn ich das richtig sehe, sind Sie als Verteilnetzbetreiber bei 100 Prozent. Das heißt, jeder, der sich anschließen will, muss das in einer bestimmten Größenordnung auch selber bezahlen. Sie hat nun vorgeschlagen, die Frage der Netzdienlichkeit in Form von Baukostenzuschussreduzierungen bis zu 20 Prozent zu erreichen. Da würde mich interessieren, ob das ein Modell wäre, das man auch in Berlin anwenden könnte, um bestimmte Ansiedlungen mehr zu steuern und der Frage, wann und an welcher Stelle Ausbaupkapazitäten geschaffen werden sollten, gerecht zu werden.

Dann die Frage, die schon angesprochen wurde: Wir sind ja eine Stromsenke. Das heißt, der Strom, den wir brauchen, kommt von überall her, und wir sind auf das Übertragungsnetz angewiesen. Dementsprechend sind wir auch auf die Netzknotenpunkte, die zur Verfügung ste-

hen, angewiesen. Wenn ich die Karte der Bundesnetzagentur nehme, sieht es so aus, als wenn wir im Süden von Berlin de facto ausgebucht sind, aber im Norden noch ein bisschen Kapazität vorhanden ist, zumindest was diese Baukostenzuschussbedarfe angeht. Die sind im Süden von Berlin bei 100 Prozent, und oben sind wir bei 40, 60 Prozent, wenn ich die Karte richtig interpretiere. Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen. Die Frage also, die ja schon anklang: Wie kriegen wir das, was wir theoretisch vom Übertragungsnetz bekommen sollten, am Ende zu den Unternehmen, die da sind?

Damit einhergehend, sollte ein solches System kommen, haben Sie eine Vorstellung, wie viele von den 25 Rechenzentren, die sich gerade in Berlin ansiedeln wollten, dann vielleicht doch lieber nach Schleswig-Holstein gehen, wo sie nur 20 Prozent zahlen müssen –, mit allen Problemen, die da dranhängen, was Wärme und so etwas angeht, aber das soll ja heute noch nicht das Thema sein. Nehmen Sie wahr, dass es im Hinblick auf diese Diskussion eine nachlassende Bereitschaft gibt, in den relativ teuren Verteilnetzbetreiberpunkt Berlin zu kommen? Das ist nur eine Interessenfrage.

Sie haben vorhin von einer rollierenden Planung gesprochen, die Sie vornehmen. Mich würde interessieren, welchen Planungsstand der Vorhaben Sie denn zur Grundlage nehmen? Reicht es aus, dass jemand sagt: Ich denk mir hier mal was –, oder müsste ein Bauantrag dabei sein oder was auch immer, um überhaupt in diese Planung aufgenommen zu werden? Denn am Ende des Tages ist das Verfahren, das Sie jetzt einführen wollen, auch nur ein Ausdruck knapper Ressourcen, und die knappen Ressourcen irgendwie zu verteilen ist ja auch sinnvoll. Was bedeutet das dann allerdings für Planungen – wir hatten es gerade – der Wärmewende? Werden Großwärmepumpen dann genauso behandelt wie das Rechenzentrum oder der Privatakteur? Ich weiß, Diskriminierungsfreiheit ist immer wichtig, aber was bedeutet das für die BVG, für die Umstellung auf stromgetriebene Busse und Betriebshöfe, die ja dementsprechend auch eine bestimmte Leistung benötigen, die über diese 3,5 Megawatt gehen könnte – das ist jetzt eine Wahrscheinlichkeitsfrage –, aber was bedeutet das für die? Heißt es dann: Sie kriegen halt nur ein Zehntel von dem, was Sie eigentlich brauchen, dann müssen Sie halt ein bisschen abwarten. – Für die Großansiedlungen sehe ich da Probleme. Vielleicht können Sie sagen, was Ihr Verfahren genau für diese Großabnehmer bedeutet.

In Richtung des Senates: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die ambitionierten Ziele, die sowohl bei Großwärmepumpen als auch bei der BVG notwendig werden, im Rahmen eines solchen Verfahrens eingehalten werden könnten? So viel für die erste Runde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann geht es weiter mit der AfD-Fraktion, dem Kollegen Hansel. – Bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, die Herren! Man muss vielleicht vorneweg sagen, wir hatten ja in den vergangenen Wochen in Deutschland erhebliche Schwankungen der Strompreise, die teilweise auf eine erhöhte Importabhängigkeit von Strom aus Nachbarländern wie Frankreich und der Schweiz zurückzuführen sind. Im November 2024 stieg der durchschnittliche Importpreis für Strom aufgrund der Dunkelflaute auf 106,40 Euro pro Megawattstunde, und wir hatten teilweise an der Börse so um 17 Uhr, 18 Uhr bis zu 936 Euro pro Megawattstunde, also richtige Ausschläge. Das ist auch bundesweit in der Presse gewesen, aber es scheint ansonsten hier niemanden zu interessieren. Im Jahr 2024 wurden Anfang Dezember rund 72,3 Terrawattstunden Strom importiert, wobei

16,5 Terrawattstunden auf Kernenergie fielen – ein Rekordwert, etwa die Hälfte der deutschen Atomproduktion von 2022. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Kollege Scheel hat ja schon richtig gesagt, was hier auch alle wissen: Wir in Berlin hängen zu 70 oder 80 Prozent vom Importstrom ab, weil es mit unseren Kapazitäten nicht funktioniert. Die Entwicklung wirft letztlich dann Fragen auch hinsichtlich der aktuellen Energiepolitik an sich auf. Sie versuchen – das ist Ihr Auftrag – hier Knappheit zu verwalten. Das ist völlig klar, aber trotzdem muss man erst einmal die Knappheit feststellen und fragen, ist sie überhaupt so notwendig? Also muss man den Kritikpunkt erst mal bringen. Die Abhängigkeit von wetterabhängigen Energiequellen wie Wind und Sonne stellt das deutsche Energiesystem infrage. Das ist jetzt unbestritten. Die Dunkelflauten legen die Versorgungsschwächen offen, auch die Preise explodieren. Das kann man nicht einfach so wegstecken, weil wir bisher keine adäquate Speicherlösung haben und keine Reservekapazitäten, die eine stabile Versorgung ermöglichen.

Die Berliner Perspektive ist klar: Der Ausbau des Stromnetzes in Berlin zielt darauf ab, solche Schwächen durch gezielte Infrastrukturinvestitionen und Zuteilungsverfahren zu minimieren. Das ist völlig in Ordnung; es kann gar nicht anders sein, aber es bleibt unklar, wie die Hauptstadt auf Dunkelflauten reagieren will, wenn die Netzbelastung durch Großverbraucher wie Rechenzentren weiter steigt. Ohne ausreichende Speichertechnologien oder schnell abrufbare Reserven wird auch Berlin von nationalen Schwankungen betroffen sein, was die Abhängigkeit von Stromimporten verstärken könnte.

Der deutsche Importstrom, sprich Atomstrom aus dem Ausland, bei gleichzeitiger Ablehnung der Kernenergie, verdeutlicht übrigens auch die praktische Inkonsistenz der Energiepolitik. Der Fokus auf rein erneuerbare Energien in Berlin kann den Bedarf an Atomstromimporten nicht mindern, sondern eher erhöhen. Insbesondere bei Dunkelflauten – das hatten wir schon, das will ich nicht wiederholen – sind wir weiterhin auf den überregionalen Strommix angewiesen, der eben auch Atomstrom enthält. Der Kollege Freymark von der CDU freut sich immer ganz entzückend, dass die Berliner CDU dankbar ist, dass der Atomstrom auf ewig weg ist, wie er immer wieder betont hat, aber dann muss man eben auch erklären, wie man das vertreten will, wenn der Strom nicht ausreichend da ist.

Die Netzbelastung der Infrastruktur, die Netzstabilität, das Erfordernis eines unterbrechungsfreien Stroms ist angesprochen worden, auch von Herrn Vagt. In dem Sinne würde ich ganz gerne einmal fragen: Sie haben das ja als Problem angesprochen, aber gehen die Berliner Unternehmen einfach darüber hinweg, wenn die Strompreise hochknallen? Ist denen das egal? Will man hier trotzdem einfach schön weitermachen wie bisher? Da kam mir noch ein bisschen zu wenig Kritik aus dem Markt, also aus dem Unternehmen selber.

Bei Ihnen, Herr Dr. Landeck, kann ich nicht viel fragen, weil es Ihr Auftrag ist, das alles umzusetzen, wie die Politik es will. Dazu brauchen Sie sich auch nicht zu äußern. Ich weiß, dass die Stromnetz Berlin in der Lage sein wird, das jeweils umzusetzen, weil sie in der Lage sein muss, aber unser Ansatzpunkt ist immer vorneweg, dass wir die Energiewendepolitik – mittlerweile habe ich mir angewöhnt zu sagen: „Energiewende ist irgendwann Energieende“ – tatsächlich neu denken müssen. Das ist aber nicht Ihr Auftrag. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen aus der Fraktionsrunde sehe ich im Augenblick nicht. Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde und beginnen mit dem Senat. – Frau Senatorin Giffey, Sie hätten dann das Wort, bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen herzlichen Dank! – Ich würde gerne ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen, auch zu Stromnetz Berlin. Wir haben in diesem Jahr mehrfach Pressemitteilungen und Presseöffentlichkeitsarbeit zu all den Vorhaben gemacht, die heute hier auf der Agenda stehen. Insbesondere die Frage der Stromnetzkapazitätserhöhung, der Eigenkapitalzuführung, die das Parlament am Anfang des Jahres entschieden hat, und auch das Repartierungsverfahren sind Anlässe für Kommunikation auch in der Öffentlichkeit gewesen, um zu erklären, was wir da tun und in welcher Lage wir sind. Ich glaube, das ist sehr wichtig, und auch, dass sich heute der Ausschuss damit beschäftigt, denn es ist eine Riesenzukunftsaufgabe.

Wenn hier von einer Verdopplung der Stromnetzkapazitäten gesprochen wird, dann ist das eine Dimension für eine fast 4-Millionen-Metropole, die ihresgleichen sucht, und die in sehr kurzer Zeit erfolgen muss. Wir reden über den Zeithorizont der nächsten 10 Jahre, und das bedeutet, dass wir wirklich sehr viel Kraft und Energie und auch finanzielle Mittel aufwenden müssen, um das zu schaffen. Ich bin mir sehr sicher, dass die Stromnetz Berlin das auch sehr ernst nimmt und diese Aufgabe tatsächlich auch sehr gut angeht.

Wir haben durch die Eigenkapitalzuführung in Höhe von 300 Millionen Euro, die wir entschieden haben, die das Parlament am Anfang des Jahres ermöglicht hat, eine sehr wichtige Weichenstellung hin zu den Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen, der Hebelung weiterer Investitionen gemacht, um diese großen Ausbaubedarfe zu decken. Mit dem steigenden Energiebedarf ist ja nicht nur das Thema der Rechenzentren verknüpft, sondern das Thema der Datenmengen, die über unsere Gigabitinfrastruktur in den Stadtraum transportiert werden müssen, ist tatsächlich auch mit der Energie- und Wärmewende verbunden, und alles, was wir im Bereich Ausbau der Ladeinfrastruktur tun, die verschiedensten Themen der Dekarbonisierung, auch der Berliner Wirtschaft, sind mit einer zunehmenden Elektrifizierung verknüpft. Das heißt, wir werden an all diesen Stellen zusätzlichen Strom, eine große Versorgungskapazität brauchen. Auch bei der Ansiedlung von neuen Industriebetrieben in der Stadt ist immer die erste Frage: Wie können wir angebunden werden? Sie wissen, wir beschäftigen uns mit dem Masterplan Solarcity, dessen Aufgabe es ja ist, mehr Energie aus erneuerbaren Energien, aus Sonnenenergie, zu erzielen und damit dann wieder Strom ins Stromnetz einzuspeisen, Kapazität zu erhöhen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dafür braucht es die Infrastruktur.

Wenn Sie auch an das Thema der Wärmeversorgung denken: Wir haben mit der BEW natürlich im Moment noch eine Energiequelle, die zu über 90 Prozent auf Kohle und Gas basiert. Das wird sich in den nächsten Jahren massiv ändern müssen. Stichwort Kraft-Wärme-Kopplung, Stichwort Power-to-Heat-Anlagen – all das wird einerseits Strom produzieren, aber natürlich müssen die Kapazitäten im Netz auch entsprechend da sein, um damit adäquat umzugehen. Das bedeutet, dass wir bei diesem massiven Netzausbau, der jetzt vor uns liegt, in dem wir eigentlich schon mittendrin sind, sowohl die nötigen Ressourcen finanzieller und personeller Art brauchen, als auch natürlich ein schlaues Vorgehen, was die Zuteilung von Ressourcen angeht.

Ich will aber, bevor ich jetzt etwas zum Repartierungsverfahren sage, einmal betonen, dass wir hier bei diesem Verfahren davon sprechen, dass für 99 Prozent unserer Energie- und Strombezieher dieses Verfahren überhaupt nicht zur Anwendung kommt. Herr Hansel, ich kann das nicht ganz so stehen lassen. Sie haben ja gesagt, wir müssen Knappheit verwalten. Herr Dr. Landeck hat in seiner Einführung deutlich gesagt, dass wir eine exzellente Energieversorgungssicherheit haben, sodass wir überhaupt nicht davon sprechen können, in der Breite eine Knappheit zu verwalten, sondern dass wir für unsere Berlinerinnen und Berliner, für unsere Unternehmen, für 99 Prozent aller Stromnetzkunden eine sichere Versorgung bereitstellen. Jetzt geht es um das eine Prozent von Abnehmern, die sehr große Strommengen benötigen. Dazu gehören zum Beispiel die Rechenzentren. Ich finde es in der Außenkommunikation sehr wichtig, dass wir klar sagen, worum es hier geht. Es geht nicht darum, dass sich der einzelne Hauseigentümer, der einzelne Wohnungsinhaber Gedanken über seine Stromversorgungskapazität und seine Sicherheit machen muss – es ist sehr wichtig, dass wir das betonen –, sondern es geht darum, wie wir damit umgehen, wenn wir große Industrieansiedlungen, große Rechenzentren, große Versorger haben, die entsprechend außerordentlich hohe Mengen an Stromnetzkapazität und Leistung brauchen.

Es geht darum, dass wir auch sehen, dass jede große Nutzung, die irgendwann an einem Tag X ans Netz geht, nicht am allerersten Tag die volle Kapazität braucht. Wir sehen das immer wieder, dass nicht jedes Rechenzentrum, das in mehreren Etappen etabliert wird, am ersten Tag 100 Prozent der Gesamtleistung braucht, sondern sie machen erst mal einen Strang, dann brauchen sie in den ersten Monaten eine gewisse Kapazität, dann bauen sie weiter auf, dann brauchen sie noch mal mehr. Das kann sich schon mal über mehrere Jahre hinziehen. Uns geht es einfach darum, dass nicht wie bisher jemand kommt und sagt: Hier, first come, first serve – wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Wir nehmen mal eine große Menge. Die brauchen wir in ihrer Gesamtheit zwar erst in vier, fünf Jahren, aber wir reservieren die schon mal. – Damit sind alle anderen raus, und das geht nicht. Das ist so eine Handtuchpolitik, die können wir uns einfach nicht leisten. Es geht darum, dass wir es schaffen, dass all diejenigen, die Stromnetz-Kapazitäten von uns brauchen, sie auch bekommen können, aber zu dem Zeitpunkt, wenn sie sie tatsächlich brauchen. Deswegen wurde dieses Verfahren eingeführt, das diesen großen Zahlen von Anfragen gerecht wird, aber auch sagt: Jeder hat die gleiche Chance, und nicht einer reserviert sich alles, und die anderen sind quasi Neese, auf Berlinisch gesprochen. – Das darf nicht sein. Deswegen bedeutet das für uns, dass wir vorausschauend für den steigenden Energiebedarf planen müssen und dass wir ein Verfahren etablieren müssen – was wir jetzt getan haben –, das diesem auch gerecht wird und dafür sorgt, dass eben Schritt für Schritt bedarfsgerecht ausgebaut werden kann und die Kapazitäten gerecht verteilt werden, aber noch einmal: Das bezieht sich auf 1 Prozent der Stromnetzkunden. Für alle anderen gilt das gar nicht, weil sie nicht solche riesigen Mengen abnehmen. Es ist wichtig, das am Anfang noch einmal zu sagen.

Für uns ist entscheidend, dass wir zu jedem Zeitpunkt als Innovations-, als Wirtschaftsstandort absolut sicher sagen können, dass die Energieversorgungssicherheit vorhanden und sichergestellt ist und dass das, was an künftigem Ausbau, an neuen Kunden, kommt, gerecht, fair und bedarfsgerecht bedient wird. Das ist der entscheidende Punkt dieses Verfahrens. Das will ich am Anfang noch einmal sagen. Ich glaube, dieser Anspruch einer jährlichen Zuteilung, die gleichmäßig, fair und diskriminierungsfrei ist, ist ein guter Anspruch für die Metropolregion. In diesem Sinne denken wir, dass wir all diejenigen, die jetzt etwas brauchen, entsprechend versorgen können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin, für Ihr Eingangsstatement! – Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde durch unsere Anzuhörenden. – Herr Dr. Landeck, Sie haben zuerst das Wort, bitte!

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Mit Ihrer Erlaubnis würden wir uns das so aufteilen, dass ich zunächst die allgemeinen Fragen zum Thema Versorgungssituation beantworte und die speziellen Fragen zur Repartierung meiner Kollegin überlasse.

Wir analysieren laufend die Belastung unserer Betriebsmittel. Wir haben Zehntausende von Netzstationen mit entsprechenden Transformatoren. Wir haben zigtausend Kilometer Kabel und Leitungen, die wir laufend analysieren. Dadurch wüssten wir, wenn bestimmte Betriebsmittel volllaufen würden. Wenn es immer mehr Kunden an einem Strang gäbe, die sich Wärmepumpen oder Ladeinfrastrukturanlagen anschaffen, sähen wir, wie der Transformator volllaufen würde und würden ihn rechtzeitig, bevor er vollläuft, austauschen und/oder durch einen größeren ersetzen. Das ist der Grund, weshalb wir in diesen Bereichen keinen Leistungsmangel, also keinen Kapazitätsmangel, haben. Trotzdem muss der Kunde, wenn er sich anschließt, etwas tun. Im privaten Haushalt wäre es ein Elektriker, der die Ladeinfrastruktur an die Wand schraubt und mit dem Zählerkasten verbindet. Bei einem Industriebetrieb ist es so, dass, wenn er eine größere Leistung braucht, vielleicht ein neues Netzkabel von diesem Industriebetrieb zu einem von unseren Umspannwerken gezogen werden muss. Das heißt, ja, es ist so, wenn eine Leistungserweiterung kommt – Sie hatten das Beispiel im Osten von Berlin genannt –, dann muss erst eine Baumaßnahme gemacht werden. Das ist quasi, sehr stark vereinfacht, der Elektriker, der erst mal die Strippe zu unserem Umspannwerk zieht. Das Entscheidende ist, dass in diesem Umspannwerk noch genug Leistung dafür da ist, dass dieser Kunde angeschlossen werden kann. Deshalb haben wir keine Mangelverwaltung für unsere Kunden, die sich anschließen. Dass wir trotzdem über das Thema Zuteilungsverfahren reden, hängt damit zusammen, dass nicht viele kleine Kunden mal hier, mal dort kommen, sondern eine große Punktlast, jetzt hier 100 MW, und daneben noch 24 weitere, die das gleichzeitig haben wollen. Das ist nicht zu realisieren. Ein Netz, das dafür ausgebaut wäre, all diese Anforderungen sofort zu erfüllen, wäre hoffnungslos überdimensioniert. Dazu wird meine Kollegin gleich noch weiter berichten.

Die Dekarbonisierung der Fernwärme ist etwas, von dem wir ja wissen, dass es passiert, und deswegen können wir uns auch netzplanerisch darauf vorbereiten. Es ist ja nicht so, dass wir erst vor wenigen Tagen mitbekommen haben, dass da etwas passiert, sondern dass die Gespräche schon seit vielen Jahren laufen. Deshalb ist all das, was die Fernwärme bis 2030 vorhat, in unseren Planungen längst enthalten und damit auch entsprechend abgesichert. Diese Absicherung – und da danke ich für die Frage, Herr Taschner – ist nicht alleine durch die Stromnetz GmbH zu gewährleisten, sondern all die Energie, die in Berlin verbraucht wird, muss vom Übertragungsnetzbetreiber hineinkommen. Das heißt, der Übertragungsnetzbetreiber muss für den Leistungsbedarf ausbauen, und wir müssen dafür ausbauen. Etwas vereinfachend könnte man sagen, dass wir vielleicht immer einen Tick schneller sind, weil unsere Spannungsebenen das hergeben. Der Übertragungsnetzbetreiber braucht vielleicht immer einen Tick länger als wir, aber beide müssen ausbauen, damit die zusätzlichen Leistungen in Berlin kommen. Wir arbeiten hier ausgezeichnet zusammen. Auch hier gibt es nicht nur jährliche Planungen, sondern laufende Abstimmungen zu den neuen Versorgungsaufgaben. Wir

reden noch mit unserem Übertragungsnetzbetreiber über Beschleunigungen, um Kundenanfragen noch schneller, als es sonst auf dem normalen Wege möglich ist, zu organisieren.

Von Ihnen, Herr Taschner, kam auch die Frage zur vorgezogenen Wärmeplanung. Etwas vereinfacht formuliert hat SenMVKU hier mitgeteilt, dass in den Außenbezirken von Berlin – Einfamilien- und Zweifamilienhäuser – im Wesentlichen Wärmepumpen und keine andere Alternativen kommen mögen. Das haben wir ehrlicherweise schon so vorausgesehen und haben unsere Netze entsprechend geplant. Auch hier ist das Gebot der Stunde: Wir messen, um herauszufinden, wo die Belastungen sind, damit wir nicht wahllos irgendwo erweitern. Wo die Belastungen sind, werden gezielt die Netze erweitert. Die durchschnittliche Belastung unserer Transformatoren ist heute um die 50 Prozent. Das heißt, wir haben unmittelbare Reserven für weiteres Wachstum von Wärmepumpen. Wenn das ein bestimmtes Maß überschreitet, dann müssen wir entsprechend ausbauen.

Herr Stroedter, von Ihnen kam die Frage zur Eigenkapitalzuführung, insbesondere, wie viel wir in bestehende Leitungen investieren und was wir als Erweiterung planen. In der Tat – das haben Sie ganz richtig erkannt – teilen wir die Investition in unser Netz auf. Was davon ist für den Austausch bestehender Betriebsmittel, und was ist für die Erweiterung noch nicht vorhandener Betriebsmittel? Nun ist es aber auch so, dass selbst der Austausch bestehender Betriebsmittel dazu führen kann, dass wir anschließend mehr Leistung haben. Es ist ein Kabel da, und es wird ein dickeres Kabel reingemacht. Das heißt, ein Teil dieses Austauschs führt auch dazu, dass wir eine Erweiterung haben. Wenn ich Ihnen beispielsweise einmal für das Jahr 2029 die Zahlen geben darf: Dann werden wir insgesamt 630 Millionen Euro investieren müssen, davon 144 Millionen Euro für den Austausch, aber ausbaurelevanten Austausch, und 148 Millionen Euro für den netzzustandsrelevanten Austausch, das heißt, wo die Anlagen alt und abgängig sind und aus diesem Grund heraus ein entsprechender Austausch erfolgen muss. Im gleichen Jahr wird für etwa 200 Millionen Euro eine Erweiterung wegen des Ausbaus erforderlich sein. Also Sie sehen, das sind Größenordnungen, die relativ vergleichbar sind und dazu führen, dass sowohl alte Anlagen erneuert werden als auch zusätzliche Anlagen hinzugebaut werden, um diese Leistungserweiterung hinzubekommen.

Wir haben auch keine Glaskugel, genauso wenig wie die Autohersteller, wie sich das entwickeln wird, aber wir haben einen guten Indikator, wie viele Kunden – sowohl Privatkunden als auch größere Kunden – sich Ladeinfrastruktur anschaffen, denn die müssen sie bei uns anmelden beziehungsweise den entsprechenden Netzausbau dafür bei uns anfordern, dann zum Beispiel, wenn an einer Tankstelle ein Schnelllader oder mehrere Schnelllader aufgebaut werden. Das ist typischerweise nicht aus deren bisherigen Netzanschluss zu realisieren. Dann müssten wir dort eine neue Netzstation setzen. Hier stellen wir fest, dass wir bereits heute, aber auch in den nächsten Jahren, einen deutlichen Zuwachs von Ladeinfrastruktur sehen. Wir haben für das Jahr 2025 eine Planung, dass es in Berlin 39 000 einzelne Ladeinfrastrukturpunkte gibt, und sehen, dass sie sich bis zum Jahr 2034 auf über 120 000 erweitern wird. Das ist unsere Planung. Rollierende Planung heißt, dass wir uns das jedes Jahr anschauen. Wenn die Entwicklung stärker wird, müssen wir einen drauflegen. Wenn die Entwicklung schwächer wird, müssen wir nicht so viel ausbauen. Das heißt, wir sorgen dafür, dass wir nicht zu viel in das Netz investieren, aber auch immer nachkommen können. Entgegen dem Bundestrend gibt es in Berlin in diesem Jahr 2024 mehr Wärmepumpenanfragen als im Jahr 2023. Das heißt, dass die Nachfrage nach Wärmepumpen derzeit in Berlin gegen den Bundestrend

zunimmt. Eine Erklärung haben wir dafür nicht. Allerdings sorgen wir dafür, dass die Wärmepumpen bei uns angeschlossen werden können.

Die Frage der Linken zum Thema Baukostenzuschüsse: In der Tat ist es so, dass die Bundesnetzagentur vor Kurzem ein entsprechendes Positionspapier veröffentlicht hat. Für alle, die das nicht gelesen haben, in diesem Positionspapier steht etwas vereinfacht drin, wenn zukünftig ein Verteilungsnetzbetreiber mehr Leistung an den Schnittstellen zum Übertragungsnetzbetreiber verlangt, muss der Verteilungsnetzbetreiber einen Baukostenzuschuss bezahlen. Das war bisher nicht so. Das heißt, zu den Aufwendungen, die wir bisher schon hatten, müssen wir zusätzlich in Zukunft an den Grenzen des Übertragungsnetzbetreibers einen Baukostenzuschuss bezahlen. Das hat aber keine Auswirkungen auf die Rechenzentrumsbetreiber oder andere Kunden, die sich in Berlin anschließen, denn der Baukostenzuschuss, den wir an das Übertragungsnetz bezahlen, ist völlig unabhängig davon, was im Stromnetz Berlin passiert. In der Tat ist es so, dass die Bundesnetzagentur vorsieht, dass es eine gewisse Rabattierung bei den Baukostenzuschüssen geben kann. Diese Rabattierung betrifft aber im Wesentlichen Netzbetreiber, die ganz weit im Norden von Deutschland sind und sehr viel Windstromanforderungen haben. Das ist in Berlin nicht der Fall. Insofern gibt es laut ersten Einschätzungen – das ist noch nicht final – kaum eine Rabattierung des Baukostenzuschusses für uns. Das heißt, wir zahlen nahezu den vollen Preis dafür. Wichtig und richtig ist aber auch, dass wir diese Netzverknüpfungspunkte zum Übertragungsnetzbetreiber massiv ausbauen müssen beziehungsweise der Übertragungsnetzbetreiber sie ausbauen muss, damit wir die Leistung reinbekommen. Sie hatten zwar nicht danach gefragt, aber ich würde trotzdem gern die Zahl nennen. Von den 100 Prozent Leistung, die Berlin hat, liefern die Kraftwerke, die innerhalb von Berlin stehen, nur 20 Prozent. 80 Prozent müssen von außerhalb zugeführt werden.

Ja, auch wir haben das Thema Strompreisschwankungen gesehen. Das würde uns zum Beispiel dann betreffen, wenn wir zu diesen Zeitpunkten Verlustenergie einkaufen müssen. Damit müssen wir umgehen. Tatsächlich ist es aber so, dass das Thema Dunkelflaute uns elektrisch im Verteilungsnetz von Berlin nicht betrifft. Das sind diese preislichen Auswirkungen, von denen Sie gesprochen haben, aber es ist nicht so, dass wir deswegen hinsichtlich der Kapazitäten große Abhängigkeiten vom Wetter haben. Das hat im Wesentlichen mit Preiskapazitäten zu tun.

Ich fasse das mit einem Satz zusammen, um auf das Thema Repartierung überzuleiten: Für das, was wir an normaler Lastentwicklung haben, was man vorhersehen kann, sind wir gut gerüstet, denn all das, was wir vorhersehen können, planen wir ein, und dafür bauen wir. Was wir nicht vorhersehen können, was also auf einmal, mit einem Fingerschnippen, kommt – und das Thema Datacenter kam ohne Vorwarnung –, dafür müssen wir jetzt Vorsorge tragen. Genau deswegen haben wir dieses neue Zuteilungsverfahren entwickelt.

Kerstin Niemeier (Stromnetz Berlin GmbH): Danke schön! – Ich würde an der Stelle gerne die konkreten Fragen zum Thema Repartierung beantworten und damit starten, welche Vorbilder es hierfür gegeben hat. Wie Erik bereits ausgeführt hat, waren wir Anfang des Jahres mit der Situation konfrontiert, dass wir abschätzen konnten, dass in den nächsten Monaten 25 Hochspannungsanträge mit einer angefragten Leistung von über 2 000 MW fertig werden würden. Also noch einmal: Die Höchstlast im Berliner Netz liegt bei 2,1 Gigawatt, also ungefähr das, was wir jetzt an Höchstlast haben, insbesondere getrieben durch die Datacenter. Wir wussten zu dem Zeitpunkt bereits, dass wir nicht die erste Stadt in Deutschland sind, die

diese Entwicklung hinter sich hat. Dementsprechend sind wir auf unsere Kollegen von der Mainova ServiceDienste GmbH in Frankfurt zugegangen. Denn in Frankfurt hat bereits vor sechs, sieben Jahren eine sehr starke Ansiedlung von Datacentern stattgefunden, die wiederum die Mainova und ihre Netzgesellschaft dazu bewogen haben, ein Repartierungsverfahren einzuführen. Wir haben uns mit sehr unterschiedlichen Möglichkeiten, diesen Entwicklungen zu begegnen, auseinandergesetzt, dann aber wirklich das direkte Gespräch gesucht und überlegt, wie wir dieses Verfahren auf die Situation in Berlin adjustieren können. In Frankfurt ist es tatsächlich so, dass die Repartierung prozentual auf die angefragte Kapazität wirkt. Das heißt, wenn jemand 100 MW anfragt, dann erhält er beispielsweise in einem Jahr nur 60 MW, weil eine Quote von 60 Prozent erteilt wird. Da wir jetzt aber einen so starken – ja, im Endeffekt – Wettkampf zwischen den Anschlusspetenten bei uns sehen, haben wir uns überlegt, dass das tatsächlich dazu einlädt, das System auszuhebeln. Wenn ich 100 MW haben will, dann reiche ich halt nicht 100 MW ein, sondern 200 MW, und erhalte vielleicht so die ursprünglich designierte Leistung. Dem wollten wir entgegenwirken, indem wir das Verfahren so adjustiert haben, dass wir pro Kopf verteilen. Das heißt, wenn ich 100 MW habe, und ich habe drei Anschlusspetenten, bekommen im ersten Step alle 33,333 MW zugeteilt. Dazu komme ich aber später noch einmal. Das heißt, es gibt ein Vorbild in Deutschland, und das war total gut, weil wir im Endeffekt daraus lernen konnten und unser Verfahren so schon mit den Learnings aus Frankfurt entwickeln konnten. Wir haben dann dieses Verfahren, als wir es entwickelt haben, mehrfach mit der Bundesnetzagentur gespiegelt. Das Verfahren, so wie es jetzt aktuell von der BNetzA konsultiert wird, entspricht auch ziemlich genau dem, inklusive des Pro-Kopf-Verfahrens, das wir uns im letzten Jahr überlegt haben.

Dann würde ich kurz einmal umreißen, wie im Endeffekt der Ablauf des Verfahrens ist, bevor ich zu den Fragen komme, wie viel Leistung denn grundsätzlich zur Verfügung steht und ob wir dann wirklich alle gleich behandeln, egal ob Datacenter oder BVG oder BEW.

Was wird jetzt konkret im nächsten Jahr passieren? Wir werden am 14. April 2025 für alle Berliner Teilnetze die verfügbare Leistung transparent zum gleichen Zeitpunkt für alle Anschlusspetenten auf unserer Website kommunizieren. Wir haben sieben Teilnetze in Berlin, und die haben alle unterschiedliche Netzknoten. Die werden alle zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgebaut. Das heißt, die Leistung, die darin verfügbar ist, ist in den nächsten zehn Jahren jeweils unterschiedlich. Wir werden allen unseren Kunden zum gleichen Zeitpunkt mitteilen, wie viel Leistung in diesem Teilnetz innerhalb der nächsten zehn Jahre verfügbar sein wird und ob überhaupt eine Leistung verfügbar sein wird. Die Kunden haben daraufhin bis zum 30. Juni 2025 Zeit, ihre vollständigen Anträge entweder auf einen Mittelspannungsanschluss oder einen Hochspannungsanschluss bei uns einzureichen.

Hiermit kann ich auch die Frage beantworten, die gerade gestellt worden ist, ab wann wir Kunden für die Repartierung berücksichtigen. Wir machen das nicht nur, weil jemand ein Grundstück gekauft hat und die Idee hat, da vielleicht irgendetwas draufzusetzen. Erforderlich ist, dass, wie gesagt, auf jeden Fall schon die Indikation auf eine Baugenehmigung vorliegt. Die Nutzungsart muss feststehen. Wenn ich ein Datacenter habe, kann ich keinen Busbahnhof beantragen. Es muss ein vollständiger Anschlussantrag entweder entsprechend der VDE-Norm 4110 für die Mittelspannung oder der 4120 für die Hochspannung sowie eine Leistungsbilanz vorliegen, mit der wir nachprüfen können, ob das plausibel ist, so viel Leistungen zu beantragen. Das haben wir alles schon dezidiert auf unserer Website veröffentlicht. Die Kunden können sich also jetzt schon darauf vorbereiten. Es gibt Checklisten, welche An-

träge und welche Formblätter ausgefüllt werden müssen. Dafür haben die Kunden, wie gesagt, bis zum 30. Juni 2025 Zeit. Ganz wichtig ist, dass Sie auf den Formblättern ankreuzen müssen, ob Sie im Zuteilungsverfahren mit einer Teilleistung zufrieden sind oder ob Sie ausschließlich die volle Summe der angefragten Leistungen akzeptieren werden. Am 31. Juli 2025 wiederum werden wir die Kunden darüber informieren, ob und wie viel Leistung sie zugeteilt bekommen. Hat man sich beispielsweise in einem Teilnetz, in dem nur 100 MW verfügbar sind, um 100 MW beworben und gesagt, man akzeptiere keine Teilleistungen, es haben sich aber drei Leute beworben, dann würde man an diesem Tag keine Leistungszusage erhalten.

Allen Kunden, denen wir am 31. Juli 2025 eine Leistungszusage machen, bieten wir eine Angebotsstudie an. Das heißt, dass wir dann wirklich ein komplexes Anschlusskonzept mit den Kunden konzeptionieren. Normalerweise, gerade in der Hochspannung, dauert es drei Jahre, Kunden anzuschließen, weil man auf jeden Fall immer zum Netzknoten, zum UW, aufgraben muss. Es sind komplexe Erfordernisse da. Auch der Kunde muss ein Umspannwerk bauen, also er muss selber auch investieren und elektrische Infrastruktur schaffen und bauen. All das konzeptionieren wir dann innerhalb von einem halben Jahr, und das Ziel ist dann, am 31. Januar 2026 den Kunden sämtliche Angebote unterbreiten zu können und parallel im Endeffekt schon wieder anzufangen, die Kapazitäten entsprechend der rollierenden Planung, die Erik gerade vorgestellt hat, neu zu berechnen, um Mitte April 2026 die nächsten verfügbaren Kapazitäten im Repartierungsverfahren für den Durchgang 2026 darzustellen. Das ist ungefähr in a nutshell, wie dieses Verfahren funktionieren wird. Stellen Sie gerne noch Detailfragen, wenn das erforderlich ist, aber das ist das, was wir tun werden.

Bevor ich jetzt sage, wie viel da drin ist und was das heißt, würde ich gern noch einmal sagen, dass wir, insbesondere in Bezug auf die Datacenter, schon extrem viel Leistung zur Verfügung gestellt haben. Bereits heute befinden sich 13 Datacenter mit einer Anschlussleistung von 827 MW entweder im Bau oder sind angeschlossen oder gerade in der Konzeption. Wir hatten gerade das Beispiel, ein Datacenter entspricht der Last Potsdams. 827 MW sind einmal München, also einmal bayerische Landeshauptstadt in Berlin, nur für Datacenter, Stand heute. Das heißt, aus dem Bestandsnetz heraus ist schon wahnsinnig viel passiert.

Was heißt das für die nächsten zehn Jahre? Ich kann Ihre Frage, wie viel Leistung genau in den nächsten zehn Jahren für Datacenter zur Verfügung stehen wird, zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau beantworten, weil wir, wie gesagt, die Leistungskapazitäten jetzt gerade ermitteln und dann transparent zur Verfügung stellen werden. Das ist aber auch nicht nur die Kapazität als solche, die determiniert, wie viel Leistung jeder erhalten kann, sondern auch die Anzahl der Anfragenden. Denn am Ende ist immer entscheidend, wie viel Leistung zur Verfügung steht und wie viele andere Anschlusspetenten auch etwas wollen.

Das bringt mich zur letzten Frage, nämlich ob das für alle gilt, und da ist die Antwort: Ja. Die BEW, die BVG, ein Datacenter-Betreiber, alle, die eine Anschlussleistung größer als 3,5 MW beantragen, sind vom Repartierungsverfahren erfasst. Das hat den Grund, dass das Energiewirtschaftsgesetz keine Hierarchie zwischen unterschiedlichen Anschlusanfragenden kennt. Wenn Sie sich die Paragraphen 17 und 18 zur allgemeinen Anschlusspflicht und zum Netzanschluss durchlesen, gibt es da keine Priorisierung. Es ist auch nicht Aufgabe des Netzbetreibers, zwischen den wichtigsten Bedarfen dieser Stadt zu unterscheiden und diese zu qualifizieren, sondern unsere Aufgabe ist im Endeffekt, diskriminierungsfrei und transparent für alle

die Netzanschlüsse herzustellen. Das ist das, was wir tun, und mit diesem Verfahren schaffen wir für alle die gleichen Voraussetzungen im Zuteilungsprozess.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann, Herr Vagt, hätten Sie die Möglichkeit.

Henrik Vagt (IHK Berlin): Sehr gerne. Ich würde auch gerne auf die Fragen eingehen, die an mich gestellt worden sind. Ich fange mit dem Punkt von Herrn Gräff an. Herr Stroedter, Sie hatten die Fragen gestellt, inwieweit denn jetzt eigentlich die Industrie, die Unternehmen von Versorgungsunterbrechungen betroffen sind. Wie ist die Qualität des Stromnetzes? Wie ist die Versorgungsqualität in Berlin und auch in Deutschland?

Zunächst zu der Frage, ob uns wiederholt Anfragen, insbesondere natürlich von industriellen Großverbrauchern, bezüglich der Anschlussleistung und der Zurverfügungstellung von Kapazität erreichen. Das kann ich so erst einmal nicht bestätigen. Es gibt diese Fälle sicherlich. Vereinzelt erreichen sie uns auch. Vereinzelt finden sie vielleicht auch den Weg in die öffentliche Berichterstattung. Dass wir aber ein flächendeckendes Problem hätten beziehungsweise häufiger auftretende Fälle von Unternehmen, die eben nicht an das Netz angeschlossen werden können und deshalb eventuell ihre Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben in Berlin stoppen, das kann ich so erst einmal nicht bestätigen. Zumindest erreichen uns diese Fälle nicht. Natürlich ist es aber trotzdem – und da gebe ich Herrn Gräff an der Stelle vollkommen recht – nicht nur eine Frage der Rechenzentrumsbetreiber, über die wir hier diskutieren, sondern wir reden eben auch über Industrie, die Dekarbonisierung der Fernwärme, den Einsatz von Großwärmepumpen, Batteriespeicher, Elektrolyseure, und natürlich reden wir am Ende auch über Rechenzentren. Es ist aber ein Thema, das im Grunde durch die ganze Breite der Großverbraucher geht. Natürlich ist es richtig, dass davon nur ungefähr 1 Prozent der verbrauchenden Einheiten betroffen sind, aber trotzdem ist es ein wichtiges Thema für die gesamte Breite der Unternehmenschaft in Berlin oder zumindest der Unternehmen, die sehr viel Elektrizität benötigen.

Es ist tatsächlich so – und an der Stelle würde ich meine Eingangsaussage noch einmal bestätigen, weil Sie danach gefragt hatten, Herr Stroedter –, dass die Versorgungsqualität im deutschen Stromnetz und auch im Berliner Stromnetz sehr gut ist. Diese Aussage würde ich noch einmal bekräftigen. Es ist aber nicht so, dass es keine Probleme gäbe. Die Indizes für die Versorgungsqualität im Stromnetz, die wir kennen, auch im internationalen Vergleich, sind in Deutschland grundsätzlich sehr gut. Gerade bei Versorgungsunterbrechungen im Bereich unterhalb von drei Minuten, die nicht in der Statistik erfasst werden, ist es aber so, dass wir dort auch von den Unternehmen sehr stark gespiegelt bekommen, dass diese Versorgungsunterbrechungen häufiger als früher auftreten. Wir haben dazu in der IHK-Organisation Anfang des Jahres deutschlandweit eine größere Befragung gemacht, zu der wir die Berliner Datensätze geliefert haben, in denen viele Unternehmen geschildert haben, dass sie von Produktionsausfällen betroffen sind, dass sie Schäden erleben, dass sie Datenschutzthemen haben und darauf auch mit Gegenmaßnahmen reagieren, beispielsweise über den Einsatz von Notstromaggregaten. Über 40 Prozent der Unternehmen in dieser Befragung haben gesagt, dass sie aktuell unter Stromausfällen leiden. In der Industrie war es sogar die Hälfte der Unternehmen. Ein Drittel der Unternehmen, die dort befragt wurden, haben gesagt, dass sie sogar Stromausfälle über drei Minuten erleiden und entsprechend Notstromaggregate oder Energiespeicher einsetzen.

Diese Frage ist also von zwei Seiten zu betrachten: Einerseits ist die Versorgungsqualität in Deutschland sicherlich gut, sie ist in Berlin sehr gut. Sie ist aber nicht so, dass sie keine Probleme für Unternehmen bereiten würde. Insofern stimmen beide Einschätzungen. Wir haben hier kein flächendeckendes Problem, aber wir haben zum Teil, gerade bei Unternehmen, die auf eine unterbrechungsfreie Stromversorgung angewiesen sind, durchaus ein Thema.

Jetzt komme ich stückweise auf das Thema Repartierungsverfahren zurück. Frau Niemeier hat es gerade sehr schön ausgeführt, wie das Ganze vom Prozess her abläuft. Ich will an zwei Stellen darauf eingehen, zunächst mit dem Punkt, den auch Herr Taschner angesprochen hat: Wie ist es denn mit der vorgezogenen Wärmeplanung und beispielsweise auch der Abwärmennutzung aus den Rechenzentren? Dass die Rechenzentren dem Netzbetreiber ihre Abwärme zur Verfügung stellen, ist ja keine freiwillige Entscheidung, sondern mit dem Energieeffizienzgesetz jetzt auch bundesweit gesetzliche Grundlage. Insofern muss man sich schon die Frage stellen – ich stelle sie hier auch an den Netzbetreiber –, wie wir denn eigentlich damit umgehen, dass es solche und solche Anschlusspetenten gibt. Denn es kann natürlich die Situation eintreten, dass es ein Rechenzentrum gibt, das im Rahmen des Repartierungsverfahrens eine relativ hohe Maximalkapazität anbietet, aber gleichzeitig auch aufgrund des Ansiedlungsvorhabens und der lokalen Verortung des Vorhabens ein großes Potenzial hat, die Abwärme im Rahmen der Wärmeplanung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig kann es sein, dass es ein anderes Rechenzentrum gibt, das im Rahmen des Repartierungsverfahrens eine relativ kleine Teilleistung, eine relativ kleine Maximalleistung anbietet, aber keine Möglichkeit hat, die Abwärme ins Netz einzuspeisen oder anderen Nutzern zur Verfügung zu stellen. Im System würde der Petent bevorzugt werden, der die kleinere Leistung anbietet, weil er eine größere Wahrscheinlichkeit hat, auch entsprechende Leistungen zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der mit der großen Maximalleistung, der vielleicht auch keine Teilleistungen angeboten hat, fällt durchs Raster und bekommt keine Leistung zugewiesen. Was Frau Niemeier also als Vorteil des Energiewirtschaftsgesetzes und als Vorteil des diskriminierungsfreien Netzzugangs beschrieben hat, nämlich dass der Stromnetzbetreiber eben keine politische Entscheidung trifft, welcher Anschlusspetent zu bevorzugen ist, was an sich richtig ist,

wird hier an dieser Stelle zur Schwäche des Systems, weil Sie nicht mehr unterscheiden können, ob dieses Rechenzentrum eigentlich gesamtenergiewirtschaftlich betrachtet für den Standort Berlin sinnvoll ist, und ein anderes, das eine kleinere Leistung hat, nicht. Diese Fragen muss man berücksichtigen. Man kriegt sie auch mit anderen Verfahren nicht wirklich gelöst. Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Auch das Windhundverfahren löst diese Frage nicht. Es gibt darauf auch keine zufriedenstellende Antwort, denn da bekommt einfach der Anschlusspetent, der als Erstes kommt, seine Leistungen zugewiesen, und damit ist die Leistung für diejenigen blockiert, die im laufenden Jahr und danach kommen. Da ist auch keine qualitative Entscheidung darüber getroffen, was dieses Ansiedlungsvorhaben für den Standort bringt. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ganz klar betonen. Das Reparaturverfahren löst dieses Problem aber eben leider nicht.

Dann würde ich noch einmal auf die Frage von Herrn Hansel eingehen, wie denn eigentlich die Unternehmen mit steigenden Strompreisen umgehen. Wie gehen auch die Unternehmen in Berlin speziell damit um, dass wir tatsächlich Unterbrechungen in der Stromversorgung haben? Ich will aber an der Stelle noch mal betonen, dass sie im internationalen und auch im bundesweiten Vergleich sicherlich kein Problem darstellen. Der Trend zur Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland auch aufgrund energiewendebedingter Preissteigerungen hat sich nach unseren Informationen verfestigt. Das ist ein Befund, den wir gerade in unserem bundesweiten Energiewende-Barometer – ich hatte die Statistik schon erwähnt – deutschlandweit noch einmal gespiegelt bekommen haben. Es gibt eine zunehmende Zahl von Unternehmen, die über Standortverlagerung aufgrund von Preissteigerungen nachdenkt und das auch kausal auf die Herausforderungen durch die Energiewende zurückführt. Das hat etwas mit Kosten, Versorgung und Bürokratie zu tun. Die Gründe sind in der Regel multikausal. Deswegen sollte man sie auch nicht auf einen Faktor zurückführen, aber natürlich hat das auch etwas damit zu tun, und wir kriegen es auch so direkt gespiegelt. In Berlin können wir das so nicht sehen. In Berlin haben wir in unserer letzten Befragung eine solche Tendenz zur stärkeren Standortverlagerung zuletzt nicht feststellen können. Das muss man ganz deutlich sagen. Das heißt, bundesweit verfestigt sich dieser Trend zur Standortverlagerung. In Berlin sehen wir diese Entwicklung, zumindest nach unseren jüngsten Zahlen, nicht, was auch für die Attraktivität des Standorts spricht.

Beim letzten Punkt möchte ich noch einmal das aufgreifen, was Frau Senatorin Giffey gesagt hat und was Frau Niemeier eben aus Sicht des Stromnetzbetreibers beschrieben hat. Es ist ein transparentes Verfahren, das Planungssicherheit gibt, aber trotz allem ist es natürlich auch ein relativ starres Verfahren, weil Sie einen festen Zeitpunkt im Jahr, nämlich Mitte April, haben, zu dem Leistungskapazitäten angeboten werden, auf die dann zu reagieren ist, und in den laufenden Monaten werden dann die Zuschläge erteilt. Es ist natürlich so, dass Sie dann ein Jahr lang nichts machen können. Deswegen wünschen wir uns, und auch die Rechenzentrumsbetreiber bringen das in die Diskussion ein, dass man das Verfahren und den Zyklus beschleunigt. Kann man gegebenenfalls zweimal im Jahr entsprechende Zuteilungen vornehmen, um die Planungssicherheit für die Unternehmen oder die Reaktionsfähigkeit und den Pragmatismus des Systems zu erhöhen? Das würde sicherlich aus Sicht derjenigen, die die Elektrizität am Ende benötigen, das System noch attraktiver machen. – Danke sehr für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Vagt, auch für Ihre Beantwortung! – Jetzt habe ich zwei weitere Wortmeldungen, und zwar zuerst von Herrn Hansel. – Bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Vagt, dass Sie das Thema noch mal angesprochen haben! Die Preissensibilität bei den Unternehmen, wenn auch nicht so sehr in Berlin, liegt natürlich auch ein bisschen an der Berliner Industriestruktur, die beim verarbeitenden Gewerbe wahrscheinlich nicht so stromintensiv ist. Das kennen wir.

Frau Senatorin, das war mir natürlich klar, dass wir keine Versorgungskrise haben. Wir sind ja auch, Gott sei Dank, nicht Kuba, wo es über Wochen hinweg einen Blackout gab, der auch die Verbraucher betroffen hat, also die privaten Personen. Dass wir da natürlich nicht sind und auch nicht landen werden, erwarten wir als viertgrößtes Industrieland der Welt nicht, aber da Wirtschaft mit Preisen zu tun hat, muss man sich das Thema natürlich angucken. Wenn wir die europäische Solidarität angucken, müssen wir eben auch zur Kenntnis nehmen, dass Schweden und Norwegen daran denken, die Leitungen zu kappen, denn wenn Dunkelflaute herrscht, dann auch in Frankreich, und in Frankreich kriegen sie den Strom auch nicht mehr nur exportiert. Sie brauchen ihn selbst. Sie kennen auch die Probleme, die wir teilweise in der französischen Kernenergie haben. Das heißt, es wird dann zugeliefert werden. Die anderen Länder müssen konventionelle Kohlekraftwerke anschmeißen, die wir schon längst abgebaut haben. Das heißt, wir haben hier Knappheit, und die wird teuer. Die wird auch für das europäische Ausland zu teuer. Das war auch in der Presse. Ich glaube, eine Fünf- oder Zehn-Minuten-Dusche in Schweden hat sich jetzt massiv verteuert, und da haben die keine Lust drauf.

Berlin ist ja keine glückselige Insel, sondern wie wir hören, sind 80 Prozent davon vom europäischen Strommarkt und vom deutschen Netz abhängig. Das heißt, wir können uns hier nicht komplett ausnehmen. Wir sind die Hauptstadt, und wir machen hier Politik. Insofern können wir immer nur wieder anregen, die Energiewende, die problematisch ist und die so nicht funktionieren wird, immer wieder in Frage zu stellen und anzuerkennen, dass dieser Weg nicht der glückseligmachende ist, der hier von der Mehrheit des Hauses betrieben wird. Nur darum geht es, dass man zur Kenntnis nimmt, dass es hier Probleme gibt, dass man die ernst nimmt und überlegt, wie man davon vielleicht auch mal wieder runterkommt. Darum geht es uns zumindest politisch. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, aber wir wollen die Probleme benennen, die da sind, und die lassen sich nicht wegdiskutieren. Noch einmal: Wir haben hier keine kubanischen Verhältnisse, die werden wir auch nicht kriegen, aber wir haben Preisexplosionen in sensiblen Verbraucherstunden, und die belasten die Leute. Die Frage ist, wie lange das noch gut geht. Es wird ja perspektivisch nicht besser. Wir haben gehört, dass die Kraftwerksinitiative nicht läuft. Wir wissen nicht, woher die Gaskraftwerke kommen sollen, die für diese Brückenzeit gebaut werden müssen. Das sind alles ungelöste Fragen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann haben wir den Kollegen Scheel.

Sebastian Scheel (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch noch einmal für die Schilderung des Gesamtverfahrens! Ich glaube, niemand in diesem Raum würde sagen, dass alles total einfach ist und total einfach läuft, wenn ich mir anschau, was wir im Moment für Aufwendungen betreiben müssen, um gerade den Redispatch irgendwie in den Griff zu bekommen. Daran, dass ein System im Stil von Produce-and-Forget Unmengen von gutem Strom ins Netz presst, die das Netz nicht aufnehmen kann, merkt man, dass die Netze für eine andere Zeit gebaut wurden und die Transformation dieser Netze nicht nur eine ökonomische

Kraftanstrengung ist, sondern auch eine regulatorische Kraftanstrengung bedeutet. Insofern gehen Ihre Aussagen, oder dass Sie sich immer als die Einzigen gerieren, die überhaupt verstehen, dass hier Probleme sind, am Thema vorbei, weil Sie versuchen, sie nur zu instrumentalisieren, um die Frage von Energiewende als solche zu diskreditieren. Das geht insgesamt am Thema vorbei, weil wir, wenn wir den regulatorischen Rahmen in den Griff bekommen würden, schon viel gewonnen hätten.

Was Preisbildung angeht, muss man die Frage stellen, ob wirklich der Letzte den Preis für eine Kilowattstunde, die gebraucht wird, für alle anderen diktiert. Die Frage der Stromzonen steht ja im Raum. Wir haben gerade auch festgestellt, dass die Repartierungsdiskussion natürlich darauf abstellt, dass wir gucken müssen, wo wir die Menge an Stromdurchleitungskapazität, die wir in Zukunft zubauen können, sinnvoll regulatorisch hineinbringen, und da rede ich noch nicht darüber, was an Stromerzeugungskapazitäten zugebaut wird. Da ist es natürlich ein Problem – und das ist vom Senat nicht beantwortet worden – zu sagen, wir sind nach Energiegesetz gezwungen, diskriminierungsfrei zu vergeben, und auch das hundertste Datacenter darf sich diskriminierungsfrei ans Stromnetz anschließen, obwohl wir wissen, dass wir nicht schnell genug mit dem Ausbau hinterherkommen. Da kommen wir natürlich in ein Dilemma.

Wir sind das größte westeuropäische Wärmenetz, oder meinetwegen das größte Europas. Wir können also davon ausgehen, dass wir wahrscheinlich auch die eine oder andere größere Pumpe brauchen, wenn es um Wärmepumpen geht, um aus der Spree, aus der Luft oder aus der Tiefe der Erde irgendwie Wärme zu produzieren. Die größte europäische Anlage steht wohl in Mannheim. Sie hat 7 Megawatt Strombedarf, um daraus etwas über 20 Megawatt Wärme zu produzieren. Wir sind jetzt noch nicht mal an dem Punkt, wo wir einen Dekarbonisierungsfahrplan haben, der so angepasst ist, dass er den Notwendigkeiten gerecht wird. Zumindest gibt es eine relativ große Übereinstimmung, dass Wasserstoff wahrscheinlich nicht ausreichend da sein wird, um den Fahrplan hinzubekommen. Das heißt also, ich gehe mal davon aus, dass die eine oder andere Großwärmepumpe angeschlossen werden muss. In einem Verfahren, wo wir sagen, wir gucken mal, was wir in den nächsten zehn Jahren an Kapazitäten reinbekommen und teilen zu, kann ich mich ja nur darauf verlassen, dass wir vielleicht in fünf Jahren, wenn wir dann so weit sind, um zu wissen, welche Großwärmepumpen wohin sollen, Sie dann vielleicht noch einen ausreichend großen zusätzlichen Zubau organisieren, denn sonst ist das einfach weg. Das stimmt mich schon nachdenklich.

Bei allem Verständnis, warum dieses Repartierungsverfahren angewendet wird und dass Sie auch so einen langen Zulauf brauchen und dass Sie auch einen Rechtsrahmen haben, den Sie beachten müssen, frage ich mich wirklich, wie wir da im politischen Raum diese beiden aufeinander zulaufenden Konflikte lösen wollen. Da würde mich wirklich die Sichtweise des Senats interessieren. Ich kenne nur die Daten: Die Wärmeplanung legen wir Anfang 2026 vor. Ende 2025 sind wir dann so weit, dass das mit dem Dekarbonisierungsfahrplan geklärt wird. – Da sind dann aber schon ein paar Messen gesungen, oder bin ich da auf dem falschen Dampfer und Sie sagen, das ist alles kein Problem? Dann würde ich auch dazu gerne eine Aussage haben. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann frage ich noch einmal in die Runde: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich um die Beantwortung bitten. – Frau Senatorin Giffey, ich würde wieder mit Ihnen anfangen. Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Herr Scheel, Sie haben es ja deutlich gemacht, dass wir vor großen Herausforderungen stehen – das ist gar keine Frage –, und dass es da auch unterschiedliche Interessen gibt. Das knappe Gut ist auch klar. Vorhin ist ja gefragt worden, welche Strategie wir haben, um Datenzentren hier in die Stadt zu holen und zu Investitionen zu bewegen, wie wir sie anlocken können. Ich muss Ihnen sagen, wir sind gar nicht in der Situation, wo wir von „Anlocken“ sprechen müssen, im Gegenteil. Sie kommen von ganz alleine, und zwar in großer Zahl. Wenn Sie mich fragen, was das neue Glücksrittertum ist, dann ist es das Thema Datenzentren. Es melden sich natürlich auch Leute zu Wort, die glauben, dass sie damit sehr viel Geld verdienen können, schon weil die Grundstücke, um die es da geht, Wertsteigerungen erfahren, wenn dort eine Möglichkeit für ein Rechenzentrum besteht. Man muss es von der Wirtschaftsplanung, dem Stadtentwicklungsplan Wirtschaft, aus sehen. Rechenzentren sind erst mal gewerbliche Nutzungen. Das heißt, sie sind nicht mit einer Gewerbefläche inkompatibel, die wir hier so ausgezeichnet haben, auch nicht mit dem EpB-Gebiet, sondern das ist theoretisch möglich. Wir haben aber einerseits die Herausforderung, damit umzugehen, was auf privaten Grundstücken passiert, und die Frage, wie das Verhältnis ist zwischen den Grundstücken, die für Gewerbeflächen herkömmlicher Art verwendet werden, und denen, die für Datenzentren zur Verfügung gestellt werden. Die andere Frage ist, wie wir mit den landeseigenen Grundstücken dafür umgehen.

Das ist genau der Punkt. Wir haben auf der einen Seite einen großen Bedarf an Rechenzentren, um nicht nur das Thema Ausbau der Stromnetzkapazität zu beantworten, sondern auch die Frage der tatsächlich notwendigen Datenmengenkapazität. Wir sehen, dass sich auch hier der Bedarf in den nächsten Jahren massiv erhöhen wird. Deshalb machen wir das mit der Gigabitstrategie. Wir brauchen also diese Rechenzentren, sehen aber, dass der Run auf Gewerbeflächen in der Stadt sehr groß ist und dass sehr hohe Summen für den Kauf oder die Nutzung solcher Grundstücke aufgerufen werden. Das bedeutet, dass wir uns auch in unserer eigenen Stadtentwicklungsplanung Wirtschaft darüber Gedanken machen müssen, wie wir künftig genau mit diesem einerseits knappen Gut der Flächen, andererseits mit der Notwendigkeit, dass Datenzentren hier einen Raum bekommen müssen, umgehen. Das wird eines der großen Themen der Strategieentwicklung im nächsten Jahr sein, weil wir natürlich wollen, dass das Verhältnis ausgewogen bleibt.

Das Repartierungsverfahren ist ein erster Schritt dieser Strategie, nämlich zu sagen, wir können nicht nach dem Windhundprinzip verfahren, und wir können auch nicht so verfahren, dass nur ein Bereich der Stromnetzkapazitätenutzer in besonderer Weise bevorteilt wird. Insofern wird uns das in den nächsten Jahren, gerade auch im nächsten Jahr, sehr stark beschäftigen. Wir werden in der Leitungsklausur, die wir am Anfang des Jahres haben, verabreden, wie wir mit diesen steigenden Anfragen, die wir sehen, weiter umgehen. Ein erster Schritt, mit den steigenden Anfragen umzugehen, war jetzt dieses Verfahren. Ich glaube, weitere Schritte müssen folgen, aber ich kann Ihnen auch sagen, wir haben hier einen klaren Kompass für den Wirtschaftsplan Berlin. Entschuldigung, der Wirtschaftsplan ist das eine, das Thema Ansiedlung. Das andere ist das Thema Stadtentwicklungsplan Wirtschaft bis 2040. Dort ist es ja nicht ausgeschlossen, dass wir solche Ansiedlungen ermöglichen, im Gegenteil.

Insofern denke ich, dass wir das Thema Rechenzentrenstrategie im nächsten Jahr vor der Brust haben. Wir haben das Thema Dekarbonisierungsfahrplan vor der Brust. Das ist natürlich ganz klar ein gemeinsames Vorhaben mit der BEW. Wir haben das Thema Dekarbonisie-

rungsfahrplan auch im Leitbildprozess mit der BEW, den wir gerade umsetzen. Verabredet ist, dass der Dekarbonisierungsfahrplan, den Vattenfall vorgelegt hat, entsprechend der kommunalen Wärmeplanung überarbeitet wird. Das Thema kommunale Wärmeplanung ist ja in der SenMVKU verortet, aber natürlich haben wir Schnittmengen bei dem, was wir leisten müssen.

Sie haben recht, wir werden in den nächsten Jahren auch beim Thema Dekarbonisierung der Fernwärme im größten Fernwärmenetz Westeuropas mit über 2000 Kilometern Netzlänge sehen, dass große Mengen an Strom für die Wärmepumpen und so weiter verbraucht werden. Da geht es auch darum, wie wir das sichern. Wir haben das auch bei den anderen Energienutzungen gesagt, bei der Geothermie zum Beispiel: Unsere Heizkraftwerke sind die Ersten, die dran sein müssen, wenn es um Geothermienutzung geht. Das ist ein Thema, bei dem wir Aufgaben haben, die sich mit der öffentlichen Daseinsvorsorge verbinden. Deswegen ist das zum Beispiel eine sehr klare Absprache, die wir an der Stelle mit SenMVKU haben.

Das sind alles Themen, die uns massiv beschäftigen werden, die von großem Wachstum geprägt sind, aber das, was jetzt mit Stromnetz Berlin verabredet ist, ein Verfahren für die Zuteilung und ein ganz klares Bekenntnis zum Netzausbau mit dem entsprechenden Eigenkapital, sind erste richtige, wichtige Schritte, die wir gehen müssen, damit wir da auch nach vorne kommen. In diesem Sinne glaube ich, und das haben Sie ja heute gesehen, dass eine sehr hohe Fachkompetenz bei Stromnetz Berlin und ein sehr hohes Maß an Detailtiefe der Planung da ist, um eben diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Wir stimmen das alles sehr eng miteinander ab, auch im Aufsichtsrat. Ich glaube, dass wir da ganz gut gewappnet in das neue Jahr gehen können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Gibt es noch Ergänzungen von Herrn Dr. Landeck oder Herrn Vagt? – Dr. Landeck, bitte!

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Der Schlüssel zum Erfolg ist, dass wir als Netzbetreiber möglichst frühzeitig wissen, welche Versorgungsaufgabe sich verändert. Was wir wissen, planen wir ein. Deswegen kann ich mit so großer Ruhe hier sagen: Die privaten Wärmepumpen und Ladeinfrastrukturen haben wir eingeplant. Wir sind nicht überrascht worden von dem, was die verkürzte Wärmeplanung uns wiedergegeben hat. Wir haben einen genauen Fahrplan, welche der 10 000 Ortsnetzstationen kritischer sind, wo wir rangehen müssen. Das wissen wir alles. Damit können wir umgehen. Deswegen mache ich mir auch keine großen Sorgen bei dem Thema Dekarbonisierung der Fernwärme. Das ist ein großer Player, der weiß, was er will. Er kann uns das frühzeitig mitteilen. Wir sind in Gesprächen dazu, wie mit allen großen Kunden, was dort in Zukunft geplant ist, was man dort vorhat, und können das in unsere Netzplanung hineinbekommen.

Schwierigkeiten haben wir, und das haben wir bei den Datacentern gesehen, wenn jetzt einer kommt, der 100 MW haben möchte, und der zweite und dritte und vierte. Beim fünften wird es langsam kritisch, aber wir haben mittlerweile zwölf davon. Das hat die Notwendigkeit gebracht, das Repartierungsverfahren einzuführen. Frühzeitig auf uns zukommen, das ist auch der Punkt, den Senatorin Giffey gerade nannte. Wenn wir in der Lage sind, frühzeitig die Bedarfe in dieser Stadt abzustimmen, dann werden wir auch diese großen Herausforderungen meistern können. Dazu braucht es personelle Ressourcen. Die finden wir derzeit noch für un-

ser Stromnetz. Es braucht auch finanzielle Ressourcen. Auch da, das hatten wir heute schon mehrfach, sind wir auf einem guten Weg.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Sonst noch Ergänzungen? – Das sehe ich nicht. In Anbetracht unserer Tagesordnung würde ich vorschlagen, dass wir den Punkt für heute abschließen. Wie immer können wir die Auswertung machen, wenn das Wortprotokoll vorliegt, und vertagen das heute entsprechend. – Das ist einvernehmlich. Dann ist das so, und ich darf mich bei den Anzuhörenden bedanken. – Herr Dr. Landeck, Herr Vagt, Frau Niemeier, vielen Dank für Ihr Kommen, bis zum nächsten Mal und gute weitere Termine!

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0217](#)
Auswirkung des geplanten Nachtragshaushalts auf
den Einzelplan 13 im Jahr 2025
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0220](#)
Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 –
Konsolidierung des Haushalts im Bereich des
Einzelplans 13
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0189](#)
Drucksache 19/1623 WiEnBe(f)
Windenergieanlagen in Berlin umweltfreundlich UK
umsetzen

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0211](#)
Ankauf der GASAG – Stand und Perspektiven WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.